

Joachim Krüger

## Zu Gast in Peking. Die DDR und die VR China in den 80er Jahren

Der Chinabesuch Erich Honeckers vom 21. bis 26. Oktober 1986 war Höhepunkt der dynamischsten und eigenständigsten Phase in den Beziehungen der DDR mit der VR China.<sup>1</sup> Er ist zugleich ein markantes Beispiel für selbständige Anstrengungen in der Außenpolitik der DDR und die Ambivalenz solcher Alleingänge und "eigenständigen Beiträge" zur "abgestimmten Außenpolitik der Staaten der sozialistischen Gemeinschaft". Dieses Treffen, verbunden mit Besuchen in der DVR Korea und der Mongolei, zeigte sehr deutlich, inwieweit die DDR zu weltpolitisch gewichtigem Handeln fähig war, wie die Interessen dieses Staates von seiner Führung wahrgenommen wurden, wieviel diese in der Weltarena bewegte, oder wie sie sich bewegen ließ, wenn sie sich in das Kräftespiel der Weltpolitik einfügte. Die SED-Führung hatte sich, abgesehen von der Rumänischen Kommunistischen Partei, am stärksten und frühesten von allen kommunistischen Parteien der Warschauer Vertragsstaaten für die Normalisierung der Beziehungen mit der KPCh eingesetzt und sich für die Verbesserung des Klimas zwischen RGW-Staaten und China engagiert. Das war jedoch nicht identisch mit einer sich selbst zugeschriebenen Leistung als "Wegbereiter der Normalisierung"<sup>2</sup>. Sie zeigte Honecker auch nicht als einen "Architekt der Verbesserung des Klimas"<sup>3</sup>, jedoch ermunterte und ermutigte sie andere Länder zu parallelen Anstrengungen und hat insofern geholfen, auch deren Beziehungen zu "entkrampfen und zu normalisieren"<sup>4</sup>.

### Präludium

Nach dem Dezemberplenium 1978 des chinesischen ZK griff die SED-Führung Anzeichen und Hinweise für Änderungen in der chinesischen Politik am rasche-

---

\* Prof. Dr. Joachim Krüger, Berlin. Dieser Aufsatz ist in Vorbereitung zur 3. Internationalen Tagung "Deutsch-chinesische Beziehungen in Geschichte und Gegenwart" entstanden, die im Juli 1994 am Ostasiatischen Seminar der Freien Universität Berlin stattfindet.

- 1 Vgl. J. Krüger, Die VR China in der außenpolitischen Strategie der DDR 1949 - 1989, in: Kuo Heng-Yü/M. Leutner (Hrsg.), Berliner China-Studien 21. 1994, S. 43 - 58.
- 2 Außenpolitische Kommission des Politbüros des ZK der SED vom 15.6.1989.
- 3 E. Krenz, Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution: Vorgeschichte, Ablauf - Auswirkungen, Wien 1990, S. 130.
- 4 G. Schabowski, Der Absturz, Berlin 1991, S. 210.

sten auf. Dabei spielte die tiefe Überzeugung Honeckers eine große Rolle, daß man China nicht exkommunizieren dürfe und sein gewaltiges Potential für das sozialistische Weltsystem erschlossen, mobilisiert und genutzt werden müsse.<sup>5</sup> Zusätzlicher außenpolitischer Spielraum entstand durch die Immobilität der auf Breshnew fixierten sowjetischen Führung. Alles mischte sich noch dazu mit dem von irriger Selbstüberschätzung geprägten Streben Honeckers nach weltpolitischer Profilierung.

Tatsächlich leitete die chinesische Führung zu jener Zeit geräuschlos Schritt für Schritt eine Aktivierung der Beziehungen zu den sozialistischen Ländern ein, die weitgehend als "Differenzierungspolitik", also bei Ausklammerung der UdSSR erfolgte. Die DDR nahm um den Preis eines Abkoppelungseffektes und der Verstimmung auf sowjetischer Seite eine Belebung ihrer Beziehungen vor. Obwohl sie dabei aktiv, initiativreich und in Kenntnis der chinesischen Absicht vorging, war die tatsächliche Lage von etwas anderem gekennzeichnet. Man hatte es hier mit einer wohlüberlegten chinesischen Politik der Aufweichung der Beziehungen der UdSSR mit ihren Verbündeten und deren diplomatischer Aussonderung, nicht aber mit einer Entspannung der Beziehungen Chinas mit der UdSSR zu tun.<sup>6</sup> Ob der politische Preis den Erfolgen angemessen oder doch zu hoch war, macht die Bilanz der DDR-Politik deutlich.

Dem Chinabesuch Honeckers waren seit dem Jahre 1980 eine rasche Belebung und ein Ausbau der Beziehungen vorausgegangen. In jenem Jahr waren die ersten Dozenten aus der DDR an die Peking-Universität zurückgekehrt. Inoffiziell wurden Kontakte zwischen der SED und der KP Chinas aufgenommen, und 1981 wurde in der DDR bereits keine Solidaritätswoche mehr für Vietnam durchgeführt. 1982 stellte der Dietz Verlag die geplante Veröffentlichung von kritischen Darstellungen zur Politik und Geschichte der VR China ein. Bereits gedruckte Arbeiten wurden aus dem Vertrieb genommen. Ein Delegationsaustausch zwischen beiden Ländern kam in Gang. Am 23. Juni 1983 wurde das erste Regierungsabkommen (für Post- und Fernmeldewesen) nach einer Pause von mehr als einem Jahrzehnt abgeschlossen. Im April 1984 tagte dann erstmalig der neugebildete Gemeinsame Ausschuß für die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wirtschaft, des Außenhandels und der Wissenschaft und Technik beider Staaten. Die Beteiligung der DDR an der Rekonstruktion, der Erweiterung und der Errichtung von 44 Industrieobjekten in China wurde vereinbart. Gegenseitige Besuche von hochrangigen Repräsentanten wurden nun bald zur Regel. So traf der damalige stellvertretende chinesische Ministerpräsident Li Peng am 20. Mai 1985 mit Honecker in Berlin zusammen. Er sagte die Erhöhung des Warenaustausches bis 1990 auf 250% zu und sprach im

---

5 Ebenda.

6 E. Sandschneider, Die DDR und die VR China. Bilaterale Beziehungen im Schatten Moskaus, in: Das Profil der DDR in der sozialistischen Staatengemeinschaft. Zwanzigste Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 9. bis 12. Juni 1987, S. 67.

Namen des ZK der KPCh faktisch eine Einladung nach China aus.<sup>7</sup> Wenige Monate später reiste der Vorsitzende der Staatlichen Plankommission der DDR und Politbüro-kandidat, Gerhard Schürer, vom 8. bis 15. Juli nach China. Im Oktober und Dezember folgten die Politbüromitglieder Günther Kleiber und Horst Sindermann. Alle hatten Gespräche mit dem chinesischen Generalsekretär Hu Yaobang. Auch Margot Honecker traf bei ihrem China-Aufenthalt vom 26. Juni bis 5. Juli 1986 mit Hu zusammen. Im Frühling 1986 entsandte die VR China überdies mehr als 900 Arbeitskräfte für den Waggonbau in die DDR, und am 8. Juli beschloß das Politbüro des ZK der SED die Chinareise Honeckers.

Diese immer mehr an Tempo gewinnende Entwicklung vollzog sich auf dem Hintergrund einer beinahe vollständigen Ausschaltung des Außenministeriums (MfAA) aus dem Entscheidungsprozeß. Auch diesen Bereich der Außenpolitik unterstellte sich Honecker direkt und behielt sich faktisch alle Entscheidungen dazu vor. Das Außenministerium legte dem Politbüro und dem Präsidium des Ministerrates damals jährlich Maßnahmepläne vor, in denen sich die eigentliche China-politik nicht widerspiegelte. Das neue Vorgehen erreichte einzelne Abteilungen des MfAA, besonders die für den UNO-Bereich, erst Jahre später. Äußerst anschaulich wird diese autokratische Entwicklung am Beispiel einer Politbürositzung im Februar 1989. E. Honecker empörte sich dort über einige Aussagen in der Tageszeitung "Junge Welt", die "politischen Schaden" angerichtet hätten, weil sie kritische Aussagen zur früheren chinesischen Politik enthalten hatten. Das Politbüro beschloß daraufhin, Egon Krenz zu beauftragen, dem Chefredakteur einen Verweis auszusprechen und den verantwortlichen Redakteur "notwendigenfalls zu entlassen".<sup>8</sup>

## Die Gespräche in Peking<sup>9</sup>

Die Akten zum Besuch Honeckers in China lassen sowohl die Ergebnisse als auch die Grenzen des Besuches deutlich erkennen. Sie zeigen zunächst, daß Honecker seine Gesprächspartner über die Bündnistreue der DDR gegenüber der Sowjetunion nicht im Zweifel ließ. - "Wir haben mit der KPdSU ein besonders enges Ver-

---

7 Stiftung "Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv, Zentrales Parteiarhiv (im weiteren zit.als SAPMO, BArch. -ZPA) JIV 2/201-1637, S.6.

8 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2317.

9 Die "Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR" im Bundesarchiv enthält umfangreiches Aktenmaterial vom Besuch Honeckers. Dazu zählen der vom Politbüro am 4. November bestätigte Bericht von der Reise, die Niederschriften von den offiziellen Verhandlungen mit Hu Yaobang am 21. Oktober und von ihren Gesprächen am 22. und 24., Vermerke von Gesprächen mit Präsident Li Xiannian am 21. und 23., die Niederschrift vom Gespräch mit Deng Xiaoping am 23. und von einem mit Ministerpräsident Zhao Ziyang am 22. Oktober. Außerdem gehören Vermerke über die Verhandlungen von Günter Mittag mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Li Peng

hältnis". - Er warb darüber hinaus um Verständnis für die Glaubwürdigkeit der Haltung von Gorbatschow. Er habe "größere Schritte in bezug auf die Verbesserung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und der VR China unternommen als je ein Generalsekretär des ZK der KPdSU" und eine Partei- und Staatsführung der UdSSR, die "ernsthafte Schlußfolgerungen aus der internationalen Lage für die Entwicklung ihrer Beziehungen gezogen hat". Er vertrat diese Position allerdings nicht offensiv und mit wenig Nachdruck und vermied überhaupt eine Akzentuierung der Fragen der sozialistischen Länder. Er teilte Hu auch mit, daß man Gorbatschow über die Gespräche Hu's mit Schürer und Margot Honecker informiert habe und warb für ein Treffen Hu's mit Gorbatschow, das dieser ablehnte.<sup>10</sup> Er verteidigte außerdem die kurz vorher von Gorbatschow in Wladiwostok gehaltene Rede, in der dieser eine Reihe von Vorschlägen zur Friedenssicherung im asiatisch-pazifischen Raum unterbreitet hatte, gegen die Kritik Hu's. Honecker nutzte das erste Gespräch am 21. Oktober wesentlich zu einer geschönten Darstellung der DDR. Hinsichtlich der Außenpolitik blieb er allgemein. Lediglich in der Frage der nuklearen Abrüstung wurde er im Zusammenhang mit dem Treffen von Reykjavik etwas ausführlicher und vermittelte insgesamt einen defensiven Eindruck. Hu seinerseits gab am nächsten Tag eine prinzipielle und systematische Darstellung der chinesischen Außenpolitik, die nichts an Deutlichkeit zu wünschen übrig ließ. Im Gegensatz zu Honecker stellte er die Beziehungen zu den sozialistischen Staaten an die Spitze. Er dankte dafür, daß die DDR von den sozialistischen Ländern bei der "Verbesserung der Beziehungen vorangegangen" war und stellte klar: "Wir respektieren vollständig die besonders engen Beziehungen, die sich in den vergangenen Jahrzehnten zwischen diesen Ländern (Osteuropas, J.K.) und der Sowjetunion herausgebildet haben. Wir werden nichts erklären oder unternehmen, was die Beziehungen zwischen den sozialistischen Ländern Osteuropas und der Sowjetunion beeinträchtigen könnte."<sup>11</sup> Die Beziehungen Chinas mit der Sowjetunion und Vietnam bezeichnete er als schlecht. Auch in Nanjing am 24. Oktober war es Hu, der die Fragen der sozialistischen Länder in den Mittelpunkt stellte. Diesmal ging es um die Kambodschafrage und die damit verbundene sowjetische und vietnamesische Politik. Erst jetzt übermittelte Honecker den vietnamesischen Wunsch nach Direktverhandlungen mit China, die von Hu strikt zurückgewiesen wurden. In diesem Zusammenhang kamen erneut die sowjetisch-chinesischen Beziehungen zur Sprache. Dabei versicherte Honecker: "Ich kenne Ge-

---

vom 22. und dem Gespräch der beiden Leiter der Abteilungen Internationale Verbindungen der Zentralkomitees vom 22. Oktober dazu. Schließlich seien noch die mit handschriftlichen Bemerkungen Honeckers versehenen Texte seiner bei diesem Besuch gehaltenen Tischreden erwähnt. Alle diese Dokumente vermitteln ein detailliertes und umfassendes Bild vom Vorgehen Honeckers und der Reaktion seiner Gesprächspartner.

10 SAPMO, BArch.- ZPA, JIV 2/2/2191, Bl. 129, 127, 125, und 120.

11 Ebenda, Bl. 94 und 95.

12 Ebenda, Bl. 128.

nossen Gorbatschow und die ihn umgebenden Genossen als Menschen, bei denen Wort und Tat übereinstimmen, die ehrlich für eine Verbesserung der Beziehungen zwischen der KPdSU und der KP Chinas sind."<sup>12</sup> Hu lehnte seinerseits einen Gipfel mit dem Hinweis auf die unbefriedigende Kambodschafrage entschieden ab. So brachte die Erörterung der Beziehungen der sozialistischen Staaten außer den eindeutigen Aussagen Hu's zu Beginn des Aufenthaltes nichts Zusätzliches. Die DDR-Seite hatte lediglich das gehört, wozu die chinesische Seite bereit war, aber nicht mehr.

Eine Ausnahme bildeten die Parteibeziehungen. Deng Xiaoping stimmte der von Erich Honecker angebotenen Formel zu, wonach diese nie abgebrochen wurden, demzufolge auch nicht wieder aufzunehmen, sondern nur fortzusetzen seien. Damit hatte man sich der Aufgabe entledigt, gemeinsam zu definieren, worauf ihre Grundlagen beruhen sollten.<sup>13</sup> Den Vorschlägen der SED zur konkreten Ausgestaltung dieser Beziehungen wurde zugestimmt. Für die Akademie für Gesellschaftswissenschaften beim ZK der SED sah man jedoch keine geeignete Partnerinstitution, und die Parteihochschule beim ZK der KPCh habe auch noch nie ausländische Gäste aufgenommen. Am Schluß ihres Gesprächs stellten die Leiter der beiden internationalen Abteilungen der ZK fest, daß mit ihren im Auftrag der Generalsekretäre geführten Verhandlungen "die Beziehungen zwischen der SED und der KP Chinas entsprechend den Anforderungen an die Beziehungen regierender Parteien sozialistischer Länder geregelt sind. Es sind offizielle Beziehungen, die nicht zu Lasten dritter Parteien gehen und der Entwicklung normaler Beziehungen aller Bruderparteien zur KP Chinas förderlich sind."<sup>14</sup>

Während des Besuchs wurden von Günter Mittag und Li Peng das auf Initiative der DDR zurückgehende Abkommen zur Entwicklung der langfristigen wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Zusammenarbeit, das erste dieser Art für die VR China, und ein Jahresprotokoll für den Warenaustausch 1987 unterzeichnet. In allen anderen Fragen wurden keine weiterreichenden Positionen geschaffen. Im Bericht an das Politbüro wurde dagegen behauptet, es sei gelungen, "das Wissen führender chinesischer Politiker und Wirtschaftsfunktionäre über die Wirtschaftspolitik der DDR ... und ihr Interesse für die Nutzbarmachung der Erfahrungen der DDR für die weitere Durchführung der Wirtschaftsreformen in der VR China zu vertiefen."<sup>15</sup> Das stützte sich aber lediglich auf die langatmigen und selbstgerechten Ausführungen Honeckers über die Erfolge seiner Wirtschaftspolitik, mit denen er seine Gesprächspartner weder tatsächlich beeindruckt noch in deren folgenden Entscheidungen Spuren hinterlassen hatte. Es war schlichtweg Selbstbetrug, was hier dem Politbüro berichtet und von diesem bereitwillig aufgenommen worden war. In Wahrheit wurde auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet die chinesische Position hingenommen, statt der vereinbarten jährlichen Lieferung von 10 000 Nutzkraftwagen vom Typ W 50 im Jahr 1987 nur noch 8000 und in den Folgejahren nur noch 6000

13 Ebenda, Bl. 151 ff.

14 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2192, Bl. 23 und 24.

15 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2191, Bl. 66.

abzunehmen. Dem chinesischen Wunsch nach Joint-ventures kam man nicht entgegen, und der chinesische Wunsch zur gemeinsamen Errichtung eines karbochemischen Komplexes in Wuhai mit einer Jahresproduktion von 360 kt Karbid, 200 kt Soda und 200 kt PVC wurde hinhaltend beantwortet.

## Unerfüllte Hoffnungen

In keiner Frage gelang es, die dezidierte chinesische Position zu beeinflussen oder gar zu verändern. Der mehrfache Verweis auf die traditionellen Beziehungen zwischen KPD und KPCh sowie die Übergabe einer Fotomappe an Hu mit Zeugnissen seiner Tätigkeit im WBDJ in den 50er Jahren vermochten die chinesische Entschlossenheit, keine Ideologisierung der Beziehung auf traditioneller marxistisch-leninistischer Grundlage zuzulassen, nicht zu erschüttern. Auf solche Anspielungen reagierte man höflich, eine andere Qualität erhielten die Beziehungen dadurch aber nicht. Die Ergebnisse des Besuchs waren denn auch gerade so groß und ihr demonstrativer Charakter so ausgeprägt, wie das von chinesischer Seite als nützlich angesehen wurde. Und so sind die Verhandlungen letztlich nur äußerlich gleichberechtigt und gleichgewichtig gewesen. In Wahrheit handelte es sich um einen Erfolg der chinesischen Politik, der natürlich die Bereitwilligkeit auf deutscher Seite zur Vorraussetzung hatte. Es handelte sich keineswegs um die "Bestätigung" der Vorrangstellung der DDR als "wichtigster und verlässlichster Partner Moskaus".<sup>16</sup> Viele Absichten und Hoffnungen der SED-Führung erfüllten sich nicht. Deng Xiaoping lehnte eine Einladung in die DDR ab.<sup>17</sup> Staatsoberhaupt Li Xiannian lehnte faktisch auch ab<sup>18</sup>, und Hu Yaobang wollte erst nach Zhao Ziyang kommen.<sup>19</sup>

Hinsichtlich der chinesischen Politik gegenüber der Bundesrepublik Deutschland war das Ergebnis eher zwiespältig. Hu Yaobang, der erst im Juni dort einen Besuch abgestattet hatte, begründete gleich zu Beginn, daß die chinesische Politik nicht mehr von einem "Revanchismus in der BRD" spreche. Daran vermochten auch Honeckers neuerliche Verweise auf Äußerungen Kohls auf einem Schlesier-treffen nichts zu ändern. Es blieb bei einer "Handvoll Leute", die man nach Hu nicht mit den "Machthabern in der BRD" gleichsetzen dürfe. Daneben erhielt die DDR jedoch wichtige, wenn auch breit interpretierbare Zusicherungen. Ihnen war die chinesische Politik allerdings schon vor dem Besuch gefolgt. Hu versicherte, daß man gegenüber der Bundesrepublik streng die Interessen der DDR wahren werde. In allen Gesprächen mit führenden westdeutschen Persönlichkeiten habe man den Wunsch bekräftigt, daß sich die Beziehungen zwischen beiden deutschen Staaten auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz entwickeln und "die BRD nie-

16 E. Sandschneider, a. a. O., S. 67.

17 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2191, Bl. 158.

18 Ebenda, Bl. 141.

19 Ebenda, Bl. 114.

mals die Absicht verfolgen sollte, sich die Deutsche Demokratische Republik einzuverleiben".<sup>20</sup> Der Leiter der Internationalen Abteilung des ZK versicherte seinerseits, "daß die KP Chinas in ihren Beziehungen zur SPD keinesfalls eine Verletzung der Interessen der DDR zulasse".<sup>21</sup>

Auch in der Frage der Länder "mit sozialistischer Orientierung" konnte keine volle Übereinstimmung erzielt werden. Hu lehnte generell eine "so zeitige sozialistische Umgestaltung" ab.<sup>22</sup> Honeckers Verweis auf andere Beispiele wie Äthiopien fanden kein Echo. Es blieb bei dieser dezidierten realistischen und auch mit von Pragmatismus getragenen chinesischen Auffassung. In der Kambodschafrage trafen die Positionen hart aufeinander. Honecker bekannte sich zu den Freundschaftsverträgen der DDR mit Vietnam, Kambodscha und Laos und warb für eine konstruktive Reaktion auf die jüngsten Bereitschaftserklärungen der UdSSR und Vietnams zu Verhandlungen. Er nahm die Wahrscheinlichkeit einer chinesischen Gegenrede in Kauf, als er mehrfach für neue Verhandlungen plädierte und argumentierte. Hu's prompte Antwort fiel hart aus.

In der Beurteilung der japanischen Politik und der Möglichkeit des Wiederauflebens des japanischen Militarismus waren die Standpunkte weitgehend identisch. Damit jedoch bekräftigten beide Seiten nur ihren Abstand und Unterschied gegenüber der sowjetischen Haltung.

Bewegt hatte sich auch in diesen Bereichen lediglich die DDR, oder der bestehende Abstand war unverändert geblieben. Eine deutlichere Ausprägung gleichartiger Positionen mit denen der UdSSR und anderer Staaten des Warschauer Vertrages war nicht erreicht worden. Auch eine weitere Distanzierung Chinas von den USA, Japan und auch der BRD und anderen westeuropäischen Staaten hatte der Besuch nicht erbracht.

## Nach dem Chinabesuch

Die Jahre nach Honeckers Chinabesuch zeigten, daß aus Pekinger Sicht das Wichtigste getan war und Berlin keine Kraft für eine wirklich "neue Dimension der Zusammenarbeit" besaß. Das bestätigte schon der Besuch Zhao Ziyangs im Frühsommer des folgenden Jahres, der den nun amtierenden Generalsekretär des chinesischen ZK im Rahmen einer Reise durch mehrere osteuropäische Länder vom 8. bis 12. Juni 1987 in die DDR führte. Politisch bekräftigte dieser Besuch die Ergebnisse von 1986 und verfestigte sie. Neue Regelungen konnten denen vom Oktober nicht hinzugefügt werden. Von der DDR angestrebte Abkommen über die Vermeidung von Doppelbesteuerung und den Reiseverkehr wurden nicht getroffen. Den Außenhandelsumsatz konnte man nicht auf die ehrgeizigen Zielhöhen

20 Ebenda, Bl. 98, 104 und 101.

21 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2192, Bl.21.

22 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2191, Bl.105.

bringen, die von beiden Seiten noch ein Jahr zuvor vereinbart schienen. Nach offiziellen Angaben wurde der Umsatz von 1109 Millionen Valuta-Mark 1986 im Jahre 1988 lediglich auf 1336 Millionen gesteigert. Das lag vor allem an der begrenzten Wirtschaftskraft der DDR und ihrer mangelnden Flexibilität, sich auf die chinesischen Bedürfnisse mit kurzfristigen Angeboten einzustellen. Traditionelle Lieferrückstände, nun auch bei der erst gerade vereinbarten Lieferung von neuentwickelten Liegewagen für den Eisenbahnverkehr machten das deutlich. Für die chinesische Seite bestätigte sich ein weiteres Mal die Erfahrung, daß die BRD der sehr viel potentere und interessantere Partner von beiden deutschen Staaten war, der an Umfang des Warenaustauschs, Qualität und hinsichtlich von Kreditierungsmöglichkeiten die DDR weit übertraf. Schon auf der 3.Tagung des Wirtschaftsausschusses im Mai 1987 erklärte die chinesische Seite, sie fühle sich nicht mehr an das Abkommen für die Jahre 1986 bis 1990 gebunden und drosselte die Bezüge aus der DDR. Für das Jahr 1989 wollte man nun statt der vereinbarten 10.000 LKW nur noch 2.000 abnehmen.<sup>23</sup>

Das permanente Übergewicht der Bundesrepublik gegenüber der DDR in den Beziehungen zu China vermochte die DDR auch durch die Mobilisierung ideologischer Aktivitäten nicht annähernd auszugleichen. Auch konnte dieser Bereich nicht zu einem speziellen Gebiet der DDR gemacht werden, das den Aktivitäten der BRD verschlossen blieb. Das Gegenteil war der Fall. 1983 hatte man schon die Marx-Ausstellung in Peking mit Hilfe und Unterstützung westdeutscher Partner (Marx-Haus Trier, SPD-Parteivorstand) ausgerichtet. Die KP Chinas hatte denjenigen den Vorzug gegeben, die mit ihrem Angebot günstiger und rascher waren. Und so ging sogar eine Zhu-De-Ehrung mit der Enthüllung einer Gedenktafel in Göttingen am 1. Dezember 1986 der Namensgebung einer Berliner Schule 1987 voraus. Das großzügige Angebot der SED von zuletzt 65 Studienplätzen und Austauschplätzen im Hochschulbereich wurde von der chinesischen Seite nur zögernd und symbolisch in Anspruch genommen. Wenn vom Zentralkomitee der SED in einer internen Information an die Grundorganisationen 1988 behauptet wurde, beide Parteien "verbinden feste, brüderliche Beziehungen, die weit in die Geschichte der revolutionären Kämpfe unserer Völker zurückreichen"<sup>24</sup>, dann war das nur eine der fundamentalen Selbsttäuschungen und eine der vielen Leerformeln, die auch auf diesem Gebiet der Außenpolitik vorherrschten. Im Wettbewerb und in Konkurrenz mit der BRD vermochte die DDR keine Gelände- und Positionsgewinne zu erzielen und den Abstand zu den seit 1972 gewachsenen Beziehungen zwischen der BRD und der VR China nicht zu verringern. So verhinderten Widerstände v.a. aus dem Volksbildungsministerium, daß eine größere Zahl von Deutschlehrern nach China entsandt werden konnte, an denen die chinesische Seite interessiert war. Erst 1988 gelang es, die erste Städtepartnerschaft Rostock/Dalian zu vereinbaren. Zu jener Zeit bestanden aber schon neun mit Städten der Bundesrepublik. Den acht Partnerschaften von

23 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2216, Bl. 269.

24 Information 1988/3, Nr. 244, o. O., S.7.

Bundesländern mit Provinzen konnte bis 1990 keine einzige eines DDR-Bezirks gegenübergestellt werden. Die chinesische Seite gab auch dem Drängen der DDR auf Eröffnung eines Kulturzentrums nicht nach, sondern verhielt sich hinhaltend. Grünes Licht gab sie allerdings für die Eröffnung einer Zweigstelle des Goethe-Instituts im Frühjahr 1988. Auch Reisen der Politbüromitglieder Axen, Mittag, Schabowski und Tisch, von Bezirkssekretären wie z.B. Hans Modrow und die Entsendung mehrerer Abteilungsleiter des Zentralkomitees nach China konnten an dieser Situation nichts ändern. Der Besuch von Xiao Shi, eines einflußreichen Politikers im Ständigen Ausschuß des chinesischen Politbüros, im Oktober 1988 in der DDR wog das nicht auf.

Als sich die chinesische Führung Anfang Juni 1989 zur gewaltsamen Unterdrückung der Bürgerrechtsbewegung in Peking entschloß, entsprach das voll dem Verständnis des SED-Politbüros. Eine Erörterung hielt man gar nicht für erforderlich. Vielmehr wurde im Umlaufverfahren die Erklärung der Volkskammer vom 8. Juni bestätigt, in der man sich mit den tonangebenden Kräften in der chinesischen Parteiführung solidarisierte. Das rief sogar den Protest der sonst dem Politbüro folgenden Führungen der DKP und der SEW hervor, wofür die SED-Führung wiederum nur einen geharnischten Gegenprotest bereit hatte. Damit war die China-Politik auf höchster Ebene in der "eigenen Partei" - wie Honecker SED, DKP und SEW verstand - auf Widerstand gestoßen. Im Politbüro erhob sich aber keine Stimme gegen diesen Kurs. Im Gegenteil, Egon Krenz wurde zu den Staatsfeierlichkeiten Anfang Oktober nach Peking entsandt, um Solidarität mit der neuen chinesischen Führung zu bekunden. Dem Politbüro teilte er nach seiner Rückkehr mit, daß "durch die klare Haltung der DDR zu den konterrevolutionären Ereignissen in Peking ... das Ansehen der DDR weiter gewachsen" sei. Seine folgende Feststellung sollte zunächst auch für die folgenden Monate gelten, in denen sich die Situation für die DDR verschlechterte. Krenz berichtete: "Die rechtzeitige und offene Solidarität der DDR mit der VR China hat die Aufgeschlossenheit der chinesischen Genossen gegenüber der DDR und dem Zusammenwirken zwischen beiden sozialistischen Staaten erhöht."<sup>25</sup> So konnte zunächst die SED-Führung nach der Ablösung Honeckers im Oktober 1989 und in der akuten Bedrängnis für ihre Macht auf die Unterstützung aus Peking rechnen. Auf den sich dramatisch zuspitzenden Arbeitskräftemangel in der DDR reagierte die chinesische Führung mit einem Vorschlag zur Entsendung von Arbeitskräften in die DDR.<sup>26</sup> Zugleich hielt sie an ihrer Politik des Vermeidens von Konfrontationen mit dem anderen deutschen Staat fest. Krenz gegenüber wurde im Oktober 1989 von chinesischer Seite erklärt, man halte die Spannungen zwischen den sozialistischen Ländern und den Industriestaaten des Westens nur für zeitweilig. Deshalb erwähne auch die chinesische Presse die Bundesrepublik nicht, wenn sie über Verleumdungskampagnen gegen die DDR berichte.<sup>27</sup> Der chinesischen Diplomatie fiel es dann auch nicht schwer, 1990 ihre Beziehungen mit der

25 SAPMO, BArch. -ZPA, JIV 2/2/2352, S. 2 f, 8 und 3.

26 SAPMO, BArch. -ZPA, JIV 2/2/2356.

27 SAPMO, BArch.- ZPA, JIV 2/2/2352, S. 5.

DDR faktisch einzufrieren, den Austausch einzustellen und mit Stillschweigen die Beendigung des Freundschaftsvertrages mit der DDR, wie dieser es in Artikel 7 vorgesehen hatte, hinzunehmen.

## **Der Blick aus Moskau**

Für die UdSSR waren die Beziehungen zur VR China immer von erstrangiger Bedeutung. Sie gehörten zu den sensibelsten Bereichen sowjetischer Außenpolitik. Deshalb wurden die Beziehungen der Verbündeten nicht nur mit hoher Aufmerksamkeit verfolgt, sondern wie kaum auf einem anderen Gebiet versuchte sie, ideologisch und diplomatisch direkt zu führen und eine einheitliche Front des Vorgehens gegenüber Peking zu gewährleisten. Mit der Einrichtung von "Interkit" hatte die KPdSU-Führung noch in den 60er Jahren ein Instrument geschaffen, in dem die SED von Beginn an mitwirkte. Hier sollte sie sich jährlich aufs neue der sowjetischen Sicht anschließen und mußte sie sich für Alleingänge und abweichende Auffassungen rechtfertigen. Seit dem Freundschaftsvertrag vom 7. 10. 1975 hatte sich die DDR laut Artikel 8 auch zu einem militärischen Beistand gegen die VR China verpflichtet, was bis dahin nicht der Fall gewesen war. Regelmäßige Treffen der Botschafter der Verbündeten mit ihrem sowjetischen Amtskollegen in Peking dienten der Koordinierung und Disziplinierung vor Ort.

In der ersten Hälfte der 80er Jahre hatte die DDR immer stärker an der Ausweitung dieses sie beschränkenden Rahmens gearbeitet. Dabei hatte sie ihre Möglichkeiten mit anderen Staaten, wie z.B. Ungarn, bis an den Rand ausgeschritten und war oftmals schon darüber hinaus gegangen. Von Moskau erfolgte nicht mehr so viel Nachdruck, dieser Erosion gemeinsamer Haltung Einhalt zu gebieten und Kurskorrekturen der Verbündeten zu verhindern. Die DDR hatte u.a. die Parteikontakte im Gegensatz zur KPdSU wieder aufgenommen und ausgebaut. Seit 1981 wandte man sich schon direkt gegen sowjetische Entwürfe für die "Interkit"-Tagungen, und bald schon wurden deren Ergebnisse nicht mehr als bindend betrachtet. Selbst gemeinsame Festlegungen auf höchster Ebene wurden, wie das Gemeinsame Kommuniqué vom 11. August 1982, von der SED-Führung öffentlich umgedeutet. Dabei befand sich die UdSSR gegenüber der DDR und ihren anderen Verbündeten in einer schwierigen Lage. Sie selbst trieb auf den verschiedensten Gebieten diplomatische Erkundungen in Richtung China voran, die sie jenen ausreden wollte. Der sowjetischen Position des "Zuerst die UdSSR und danach die Anderen" setzte die DDR ein "Gleichzeitig und Übertreffen" an Aktivität entgegen. Nach Quantität und Qualität wurde so der Unterschied der Beziehungen der DDR mit der VR China zu den sowjetisch-chinesischen Beziehungen immer deutlicher. Direkte und indirekte Mahnungen und Kritik aus Moskau nahmen bis über die Mitte der 80er Jahre zu. Dabei hatte die SED-Führung ihren Standpunkt und ihre Entscheidungen vor der KPdSU nie verborgen, was im übrigen angesichts der vielen Informationsquellen

Moskaus auch gar nicht möglich war. Außerdem blieb die DDR für die chinesische Führung immer auch ein Instrument ihrer Politik gegenüber der UdSSR. Die DDR suchte nicht die Konfrontation, sondern Verständnis und Zustimmung in Moskau, machte aber ihre Entscheidungen nicht davon abhängig.

Mit der Wahl von Gorbatschow zum KPdSU-Generalsekretär trat zunächst noch keine Änderung der überlebten sowjetischen Positionen ein. Gorbatschow hatte sich offenbar nicht sofort dieser Frage angenommen. So wurde Honecker am 1. August 1985 eine mündliche Botschaft Gorbatschows als Antwort auf die Information von der Schürer-Reise übermittelt. Sie war ganz im Geist und Stil der bisherigen sowjetischen Position gehalten. Darin wurde die Aufrichtigkeit Hu Yaobangs bezweifelt. Die Deng-Xiaoping-Gruppe wolle die "Einheit der Bruderländer" ins Wanken bringen. Der Bezug auf die chinesische Politik gegenüber der Bundesrepublik fiel besonders scharf aus und gipfelte in der Behauptung, "die Position Peking widerspricht den lebenswichtigen Interessen der Deutschen Demokratischen Republik als einem sozialistischen Staat".<sup>28</sup>

Wenige Monate später legte Honecker am 23. Oktober Gorbatschow seine Überlegungen persönlich dar.<sup>29</sup> Dieser hatte sich offenbar mittlerweile von den erstarrten Sichten seiner Berater gelöst und trat für ein aktiveres Vorgehen ein.<sup>30</sup> Kurz vor der Chinareise Honeckers sprach Gorbatschow nun von "wesentlichen Verbesserungen in den sowjetisch-chinesischen Beziehungen" und stimmte Honecker zu, daß alles getan werden müsse, damit China "uns näher kommt".<sup>31</sup> Kurz nach der Reise bezeichnete Gorbatschow diese Honecker gegenüber als "eine große, gute und nützliche" Arbeit.<sup>32</sup> Jedoch hatte sich Gorbatschow noch nicht vom "alten Denken" in der China-Frage befreit, das vor allem in dem von Gromyko bestimmten außenpolitischen Apparat gepflegt wurde. Nur sehr schwerfällig folgte Gromyko dem eingeleiteten Kurswechsel, zumal Gorbatschows Stellung noch nicht so gefestigt war. Er selbst war noch stark beeinflussbar und viele warteten ab. So traf die Chinapolitik der DDR in Moskau auch weiter auf Mißtrauen und Widerstand. Die Atmosphäre bei den "Interkit"-Tagungen wurde beispielsweise weiter von alten Kräften beherrscht und blieb, wie Horn anmerkt, steril.<sup>33</sup> Rachmanin, der im ZK der KPdSU die Chinapolitik maßgeblich beeinflusste, verlor erst im April 1989 seine ZK-Mitgliedschaft. Eduard Schewardnadse bezeichnete zwar im Außenministerkomitee des Warschauer Vertrages im Oktober 1986 die Honecker-Reise als einen außerordentlich bedeutsamen Schritt,<sup>34</sup> jedoch leugnete er Außenminister Oskar Fischer gegenüber im Februar 1987 substantiell neue Momente in den sowjetisch-chi-

28 D. Küchenmeister, Honecker - Gorbatschow. Vieraugengespräche, Berlin 1993, S. 51 ff. und 54.

29 Ebenda, S. 63 ff.

30 Ebenda, S. 64.

31 Ebenda, S. 156 und 159.

32 Ebenda, S. 166.

33 G. Horn, Freiheit die ich meine, Hamburg 1991, S. 58.

34 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2189, Bl.18.

nesischen Beziehungen. Er definierte vielmehr einen mehr als beklemmenden Zeit-horizont: "Die Sowjetunion werde ihre Arbeit gegenüber China geduldig, wenn not-wendig bis in die nächste Generation hinein fortsetzen."<sup>35</sup> Die Herausbildung einer real-istischen und flexiblen sowjetischen Chinapolitik war noch längst nicht abgeschlossen. Maßgebenden Einfluß auf die Beziehungen der DDR zur VR China hatte sie aber schon vor dem Besuch Honeckers nicht mehr. Honecker hatte seine China-Politik nicht vor-dergründig als gegen die UdSSR gerichtet betrieben. Niemals hatte er ein Bekenntnis zur UdSSR ausgelassen und stets auf die Bündnisbeziehungen verwiesen. Er glaubte auch, die Differenzierungsabsichten der chinesischen Seite zu erkennen und zu neutra-lisieren. Trotzdem hatte er sich auf einen Weg begeben, der ihn in die erste Reihe und vor die von der UdSSR geführte Front der Warschauer Vertragsstaaten brachte. Dafür gab es Gründe. Jedoch brachte es in den Beziehungen mit der VR China keine echten Vorteile. In der eigenen Partei bis hinein in die Parteiführung gab es bereits vor dem Besuch kritische Sichten auf die China-Politik des Generalsekretärs. Diese Kreise ver-mißten ein koordiniertes Vorgehen mit der UdSSR und kritisierten, daß rein machtpoli-tisch bestimmte Aspekte in der chinesischen Außenpolitik übersehen würden. Sie er-kannten die Differenzierung unter den europäischen sozialistischen Ländern und eine gewisse Isolierung der UdSSR durch die chinesische Politik. Deshalb traten sie für ein moderateres Tempo in der Entwicklung der Beziehungen mit der VR China ein. Diese Auffassungen wurden allerdings nicht massiv und offen vorgebracht und konnten den Kurs Honeckers nicht beeinflussen. Für jene Kreise kam der Honecker-Besuch zu früh, demonstrierte eine zu große Distanz zur UdSSR und mußte dort diejenigen herausfor-dern, die den Interessen der DDR entgegenwirken konnten. Ein prägnantes Beispiel für diese andere Sicht war die vom MfS ermöglichte Veröffentlichung des dreibändigen Buches "Taifun" von Harry Thürk im Jahre 1988.<sup>36</sup>

Die China-Politik Honeckers erhöhte zwar dessen Selbstwertgefühl. Auf der so-wjetischen Seite hinterließ sie die Erfahrung eines deutschen Alleingangs und trium-phierenden Hochmuts. Am Ende hat das wohl den Interessen der DDR eher geschadet als genutzt. Auch noch als Vierter oder Fünfter in der Reihe der Herrscher des War-schauer Vertrages wäre Honecker in Peking nicht zu spät gekommen. In Peking aller-dings wußte man sehr genau, daß in Berlin die Meinung vorherrschte, daß "die DDR die politischen und ökonomischen Beziehungen zu einer solchen Großmacht wie China (brauchte), um ihre eigenen Positionen zu stärken", insbesondere um dem "Wort der DDR in der Sowjetunion stärkeres Gewicht" zu verleihen und "ihren Spielraum ge-genüber der Sowjetunion (zu) vergrößern".<sup>37</sup>

35 SAPMO, BArch.-ZPA, JIV 2/2/2205, Bl. 59 f.

36 In deutlicher Anlehnung an britische und US-amerikanische Autoren wurde hier eine breite Geschichte angeboten, die das Klischee von den Beziehungen Mao Zedongs und seiner Gefolgsleute zum US-Geheimdienst bediente. Dieses Buch erschien ohne Angabe des Verlages, kam nicht in den öffentlichen Verkauf, sondern wurde vorrangig im Dienstbereich des MfS vertrieben.

37 Chen Feng, Die Beziehungen zwischen der DDR und der VR China, in: Deutschlandarchiv, H.9, 1987, S. 939 und 938.